

Frans Becker und René Cuperus

Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft*

Die Wahlen in den Niederlanden haben eine zunehmende Tendenz, Überraschungspartys zu ähneln, die die Wähler für die politischen Parteien ausrichten. Seit 1994 machen die Wahlergebnisse große Verschiebungen sichtbar, auch wenn sich diese zum größten Teil innerhalb des rechten und des linken Teils des politischen Spektrums abspielen. Das Gesamtverhältnis der Linken und der Rechten zueinander ist seit 1945 relativ stabil geblieben und erbrachte immer eine kleine Mehrheit für Mitte-Rechts. Das bedeutet nicht, dass die Veränderungen nicht bei jeder Wahl erheblich waren und es demnach immer mehr Parteien gibt, die einen deutlichen Verlust oder einen großen Gewinn zu verzeichnen haben. Im Jahr 2002 war das die Partei des inzwischen ermordeten Pim Fortuyn, die wie ein Komet am Himmel der Wählerschaft erschien – auf Kosten der Sozialdemokraten und der Liberalen. 2006 waren es die links-sozialistische *Socialistische Partij* (SP) und die rechts-populistische *Partij van de Vrijheid* (PVV), die – wiederum auf Kosten von Sozialdemokraten und Liberalen – erhebliche Gewinne verbuchten.

Hinzu kommt, dass sich diese Verschiebungen in verhältnismäßig kurzer Zeit vollziehen. Bis Ende 2001 war in der Bevölkerung noch eine große Zufriedenheit mit der damals seit gut sieben Jahren regierenden violetten Koalition aus Liberalen und Sozialdemokraten ermittelt worden. Diese Zufriedenheit schmolz aber innerhalb eines halben Jahres dahin wie Schnee in der Sonne. Das war 2006 nicht anders. Für Menschen, die ein Jahr auf Weltreise gewesen waren, war das Wahlergebnis vom 22. November schlichtweg erschütternd. Es war dem unpopulärsten Premierminister der Nachkriegszeit, dem Christdemokraten Jan Peter Balkenende, gelungen, seine Partei doch wieder zum Sieg zu führen. Dem Sozialdemokraten Wouter Bos hingegen, dem bei den Kommunalwahlen vom März 2006 noch ein historischer Erdbebensieg gelungen war und dem 60 Parlamentsitze (ca. 40 % der Stimmen) vorausgesagt wurden, wurde der erträumte Sieg aus den Händen geschlagen (21,2 %; 2003: 27,3 %). Warum war der unberechenbare niederländische Wähler wieder in Bewegung geraten? Welche Kräfte waren hier am Werk?¹

* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

¹ Die Autoren arbeiten bei der Wiardi Beckman Stichting, dem Wissenschaftsbüro der Partij van de Arbeid. René Cuperus war am Rande und informell als „Mitdenker“

Was vorher geschah

Die Jahre von 2001 bis 2006 sind für niederländische Begriffe außergewöhnlich unruhige politische Jahre gewesen. Das gilt nicht nur für die Wahlergebnisse, sondern auch für das politische Klima im weiteren Sinne, einschließlich Bedrohung und politischem Mord sowie dem Maß der Stabilität der Regierungsbildung und der Parteienlandschaft. Der niederländische Politikwissenschaftler Jouke de Vries spricht nach dem Vorbild seiner amerikanischen Kollegen Baumgarten und Jones zur Bezeichnung der extremen Turbulenz nicht von einem Paradigmenwechsel, sondern von einem gestörten Gleichgewicht in der Politik: einer plötzlichen Unterbrechung der stabilen, evolutionären Entwicklung durch eine politische Revolte oder sogar Revolution. „In einer solchen Periode scheint nichts ausgeschlossen zu sein. Alte Machthaber und Symbole werden ersetzt, die bestehende politische Agenda wird radikal kritisiert, neue Trennlinien stehen im Fokus, und die Politisierung erlebt eine Blütezeit. In einer solchen Situation gibt es Platz für große, einschneidende politische Entscheidungen, und die Spielräume scheinen sich deutlich zu erweitern. Ein gestörtes Gleichgewicht ist also eigentlich die Turboversion eines politischen Paradigmenwechsels mit allen Accessoires des Standardmodells.“²

Die vertrauten politischen Verhältnisse und die politische Kultur in den Niederlanden – auf Konsens ausgerichtete Beschlussfassung, stabile Koalitionsregierungen, vorsichtiger Umgang mit (politischen) Minderheiten – wurden 2002 empfindlich durch den Vormarsch der postmodernen populistischen Bewegung Pim Fortuyns gestört. Diese Bewegung richtete sich nicht nur gegen die Fortsetzung der Immigration und auf die stockende Integration von Migrantengruppen, sondern auch gegen die unzulängliche Umsetzung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, wie im Bildungswesen und im Pflegesektor. Fortuyns Bewegung war antiislamisch, gegen das Establishment und vor allem: gegen die Sozialdemokratie, d.h. gegen die *Partij van de Arbeid* (PvdA). Fortuyn wurde kurz vor den Wahlen des Jahres 2002 ermordet. Seine Partei, die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), erzielte einen ungeheuren Erfolg, zog mit 26 Abgeordneten (von 150 Sitzen) in die Zweite Kammer ein und erzwang damit für sich eine Regierungsbeteiligung.

Die *Partij van de Arbeid* verlor 2002 dramatisch, nicht nur bei den Kommunalwahlen zu Jahresbeginn (zum ersten Mal seit mehr als fünfzig Jahren wurden die Sozialdemokraten aus der Verwaltung der Stadt Rotterdam, dem Wohnsitz Fortuyns, vertrieben), sondern auch bei den Parlamentswahlen im

und „Textelieferant“ für Wouter Bos in den PvdA-Wahlkampf einbezogen. Er ist sich der Tatsache sehr wohl bewusst, dass die hier beschriebene Kritik und Analyse an manchen Stellen auch auf ihn selbst Anwendung finden. Dort, wo es relevant ist, zieht er hierfür das Büberhemd an. Er war gleichzeitig Mitglied der Nominierungskommission für die Zweite Kammer des Niederländischen Parlaments. Die nachfolgenden Betrachtungen basieren – unter Wahrung der angemessenen und notwendigen Vertraulichkeit – auf Hintergrundinformationen.

² J. DE VRIES, *Balkenende en het onderbroken evenwicht in de Nederlandse politiek*, in: F. BECKER u.a. (Hrsg.), *Vier jaar Balkenende. WBS jaarboek 2006*, Amsterdam 2006, S. 27.

Mai. Die Christdemokraten schnitten dagegen gut ab: Für viele waren sie eine Fluchtburg in unruhigen Zeiten. Der *Christen Democratisch Appèl* (CDA) wurde 2002 von Jan Peter Balkenende geführt, einem der Architekten der Wiederauferstehung der niederländischen Christdemokraten nach einer mühsamen Zeit der Opposition in den neunziger Jahren. Eine wichtige Inspirationsquelle für Balkenende, in dessen Programm die besondere Betonung auf einer Neubewertung von (christlichen) Normen und Werten in Politik und Gesellschaft lag, ist der amerikanische kommunitaristische Soziologe Amitai Etzioni.

Es folgte eine besonders unruhige und instabile Regierungsperiode, in der Balkenende innerhalb von vier Jahren drei Kabinette führte. Er wurde zunächst vor eine schier unlösbare Aufgabe gestellt: Er musste nicht nur im internationalen *War on terror* und dem amerikanischen Interventionskrieg im Irak Stellung beziehen, sondern auch mit Blick auf den zutage getretenen Schmelzbrand in den multikulturellen Beziehungen. In dem grimmigen politischen Klima kurz nach dem Mord an Fortuyn bildete Balkenende ein Kabinett mit der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und der instabilen LPF, ein Abenteuer, das auf eine kleine politische Katastrophe hinauslief. Der Parteiverband Fortuyns ging an internen Streitigkeiten zugrunde und riss bereits im Herbst 2002 das erste Kabinett Balkenende mit sich mit.

Die – notwendig gewordenen – Wahlen des Jahres 2003 sorgten bei den Sozialdemokraten für eine deutliche Erholung, aber die PvdA konnte keine Regierungsbeteiligung erzwingen. Balkenende regierte weiter, nun mit einer Koalition aus Christdemokraten, konservativ-Liberalen (VVD) und progressiv-Liberalen (*Democraten 66*, D66). Das politische und gesellschaftliche Klima verhärtete sich inzwischen weiter. Mit dem Mord an Theo van Gogh im November 2004 durch einen fundamentalistischen Moslem erhielten die interkulturellen Beziehungen den Charakter eines sich ausweitenden Feuers, was schließlich zu einer heftigen Konfrontation über Integration, Fundamentalismus und Freiheit führte. Die Hemmungslosigkeit in der Gesellschaft nahm zu, das Vertrauen zu den politischen und öffentlichen Institutionen bröckelte ab. Die harte Politik der VVD-Ministerin Rita Verdonk auf dem Gebiet der Integration und bzgl. der Ausweisung von Asylsuchenden verschärfte die Gegensätze eher, als dass sie diese milderte.

Der Aufstand der Bürger war 2002 nicht zu Ende, sondern gerade erst in Gang gekommen, wie sich beim Referendum zur sogenannten europäischen Verfassung Mitte 2005 zeigte. Die niederländischen Bürger stimmten in unerwartet großer Zahl gegen den Verfassungsvertrag. Sie gaben damit nicht nur zu erkennen, dass die Reichweite des europäischen Integrationsprozesses das Maß ihrer Belastbarkeit inzwischen überschritten hatte. Sie verliehen auch ihrer Verärgerung, ihrem Misstrauen und ihrer Unsicherheit Ausdruck: Verärgerung über die als ungerecht empfundene Reformpolitik des Kabinetts; Misstrauen hinsichtlich der politischen Elite; Unsicherheit mit Blick auf die Zukunft der Niederlande und Europas in einer sich globalisierenden Wirtschaft mit starken neuen Konkurrenten.

Im Jahr 2006 stürzte dann das zweite Kabinett Balkenende – nicht über die Reformpolitik oder das Fiasko des europäischen Verfassungsreferendums, sondern über den Pass von Ayaan Hirsi Ali, Parlamentarierin für die VVD, Aufsehen erregende Kämpferin für Musliminnen und heftige Kritikas-

terin des Islam. Es hatte sich herausgestellt, dass sie bei ihrer Einreise in die Niederlande hinsichtlich ihres Namens und ihres Alters gelogen hatte, und damit verlor sie, so die Mitteilung von Ministerin Verdonk, ihren niederländischen Pass und die niederländische Staatsangehörigkeit. Die Verärgerung über das Verhalten der Ministerin nahm bei der kleinsten Koalitionspartei D66 solche Formen an, dass sie dieser das Vertrauen entzog. Die Konfrontation führte zu einer erneuten Kabinettskrise. Die D66 verließ die Regierung, Balkenende übernahm die Leitung eines Rumpfkabinetts aus VVD und CDA und setzte für den 22. November 2006 Neuwahlen an.

Die Ausgangslage vor den Wahlen

Zu Beginn des Jahres 2006 schienen die Karten politisch neu gemischt zu werden. Die Regierungen unter Balkenende hatten sich nicht nur als instabil erwiesen, ihr Kurs stieß bei den Bürgern auf außergewöhnlich wenig Sympathie, und das Vertrauen in die Führerschaft Balkenendes verzeichnete historische Tiefstände. Bei den Kommunalwahlen vom März erzielten die wichtigsten Regierungsparteien – CDA und VVD – dermaßen niederschmetternde Ergebnisse, dass VVD-Chef Jozias van Aartsen beschloss, als Fraktionsführer zurückzutreten. Große Gewinnerin war die PvdA von Wouter Bos, die – auf Parlamentssitze umgerechnet – auf ca. sechzig Sitze (von 150) zusteuerte, mehr, als die PvdA in ihrer sechzigjährigen Geschichte jemals erreicht hatte. Es war der PvdA gelungen, sich die Verstimmung über Balkenende zunutze zu machen.

Woraus war diese Verstimmung entstanden? Zur Beantwortung dieser Frage muss man den Blick noch einmal der Rolle Balkenendes und dem politischen Kurs seines Kabinetts zuwenden. Der CDA war während der violetten Regierungen unter der Führung des Sozialdemokraten Wim Kok (1994–2002) immer sehr gegen die in dieser Zeit geführte Politik gewesen. Balkenende formulierte diese Kritik hinsichtlich seines politischen Hauptgegners – der PvdA – 2001 wie folgt: „In der PvdA hat während der violetten Periode ein neoliberales Ordnungsdenken gegenüber der sozialdemokratischen Tradition die Oberhand gewonnen.“³ Er wandte sich gegen die Betonung von freier Marktwirtschaft und Privatisierung, gegen Eingriffe in die Sozialleistungen, gegen die ungleichmäßige Verteilung des Wohlstandes und gegen die geschlossene Verwaltungskultur. Dem stellte er eine christdemokratische Alternative gegenüber, in der der Akzent auf die Gemeinschaft, gesellschaftliche Verantwortung und die moralische Dimension für das Aufgreifen gesellschaftlicher Probleme gelegt wurde.

In der Regierungspraxis Balkenendes rückte die Gemeinschaft jedoch in den Hintergrund, die moralische Dimension blieb ohne praktische Auswirkungen in guten Absichten stecken, und die gesellschaftliche Verantwortung lief auf die individuelle Verantwortung des einzelnen Bürgers hinaus. In öko-

³ J.P. BALKENENDE, *Groen over paars. Over de heroriëntatie van het CDA*, in: F. BECKER u.a. (Hrsg.), *Zeven jaar paars. Het tweeëntwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 2001, S. 242.

nomischem Sinne wurden Bürger in erster Linie als Konsumenten betrachtet; in sozialem Sinne wurden sie vor allem als Opfer ihres eigenen Verhaltens verantwortlich gemacht. Neben dem verbal ausgetragenen Wertekonservatismus konzentrierten sich die Balkenende-Kabinette auf eine harte Reform des Sozialstaates mit rigorosen Eingriffen in die Gesetzgebung zur Arbeitsunfähigkeit und der Einführung der Marktwirtschaft in den Pflegesektor. In der Praxis geschah mit dem CDA das, was zuvor bereits der PvdA wiederfahren war: In der Koalition mit der konservativ-liberalen VVD – die Partei regierte ununterbrochen von 1994 bis 2007 – passte sich die Partei der marktorientierten Politik der Liberalen an. Der CDA wurde so ebenfalls zu einer liberalen Partei, deren Akzent auf Privatisierung, Marktwirtschaft und Steuerung der Nachfrage im öffentlichen Sektor lag.⁴ Diese Reformpolitik stieß – wie sich im Untenstehenden noch zeigen wird – in der Wählerschaft zunehmend auf Widerstand.

Darüber hinaus weckte das Verhalten Balkenendes als Ministerpräsident außerordentlich wenig Vertrauen. Durch sein ungeschicktes Auftreten stieß er das Königshaus mehrmals vor den Kopf. Er ließ sich – offensichtlich selbst nicht ausreichend über den Bericht und die staatsrechtlichen Details informiert – öffentlich von seinem Justizminister soufflieren. Er verhielt sich inner- und außerhalb des Parlaments stümperhaft. Er war bei Kabinettkrisen nicht anwesend, und er wurde als niederländischer Harry Potter zu einer öffentlichen Zielscheibe des Spotts. Sein großer politischer Gegenspieler, der Sozialdemokrat Wouter Bos, war im Jahr 2002 als erster Spitzenkandidat unmittelbar von den Mitgliedern seiner Partei gewählt worden. Durch eine außerordentlich erfolgreiche Kampagne brachte er 2003 seine Partei wieder zurück ins Spiel. Er hatte vom Aufstieg Fortuyns gelernt und zwang sich und seine Partei, nach den unzufriedenen Wählern zu suchen. Anfang 2006 war dieses Image vielleicht nicht mehr so frisch wie im Jahr 2003, aber immer noch gut für eine große Popularität.

Die VVD, damals noch die drittgrößte Partei der Niederlande, zerstritt sich zunehmend intern. Rita Verdonk wurde für die Liberalen zur Person, an der sich die Geister schieden. Dahinter verbarg sich ein misslicher Zwiespalt zwischen den eher gemäßigten, bürgerlichen Liberalen – wie denjenigen, die in den neunziger Jahren die Koalition mit den Sozialdemokraten in der vierten Koalition zustande brachten – und den eher populistischen Liberalen, die mit Blick auf Immigration und Integration die harte Linie Fortuyns übernommen haben. Nach dem Rücktritt van Aartsens als Parteiführer entbrannte zwischen Rita Verdonk und Mark Rutte ein Kampf um die Parteiführung, der durch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der VVD entschieden wurde, und den Rutte knapp gewann. Wie kompliziert ihre gegenseitige Beziehung im Zusammenhang mit ihrer Popularität ist, zeigte sich bei den Par-

⁴ Vgl. hierzu die Einleitung der Herausgeber in: BECKER (wie Anm. 2) sowie die Beiträge zu diesem Band von K. van Kersbergen und A. Krouwel (*De veranderde beleidsfilosofie van het CDA van Balkenende*), F. Leijnse (*Naar een definitieve uitschakeling van de linkse kerk? Over de formatie van 2003 en die van 22 november 2006*), und H. Boutellier (*Het beschavingsoffensief. Balkenendes onmacht in de strijd tegen de individualisering*).

lamentswahlen des Jahres 2006: Verdonk erzielte beträchtlich mehr der sogenannten Präferenzstimmen als der Spitzenkandidat Rutte.

Das Wahlergebnis: eine erste Interpretation

Wie anders war doch das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, als es die Trends zu Beginn des Jahres hätten erwarten lassen. Was zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den großen Volksparteien von Mitte-rechts und Mitte-links, also zwischen Balkenende und Bos, hätte werden sollen, entwickelte sich in der Praxis zu einer harten Niederlage für Bos und seine PvdA. Tatsächlich ist die PvdA die große Verliererin dieses Wahlergebnisses und damit überproportional von den zugrunde liegenden Trends getroffen worden. Die PvdA erzielte das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte (siehe Tabelle). Sie verlor nicht nur die Schlacht um den Posten des Premierministers und um die politische Mitte, sondern sie wurde anschließend in eine anscheinend unerwartete Schlacht auf der Linken hineingezogen, wo die *Socialistische Partij* (SP) nicht als die „kleine“ Linke, sondern als die „große“ Linke bei der PvdA längsseits ging. Es ist insbesondere diese Spagatbewegung zwischen der Mitte und Links, die verlorene Schlacht um die Mitte gefolgt von einem schweren Kampf auf der linken Seite, die die PvdA (erneut) in ihren Fundamenten erschütterte, und die zu einer gründlichen Erforschung der Ursachen dieser Niederlage durch eine Parteikommission unter der Leitung des ehemaligen Parteivorsitzenden Ruud Vreeman geführt hat. Auch die Liberalen, die weit zurück gefallen sind, spüren die Notwendigkeit einer tiefer gehenden Analyse. Sie sehen sich erneut mit einer ernstlichen Bedrohung auf der rechten Seite des politischen Spektrums konfrontiert und drohen, wie die Sozialdemokraten, zwischen politischem Zentrum und den Rändern des politischen Spektrums in die Mangel zu geraten.

Eine nähere Betrachtung des Ergebnisses zeigt folgenden Befund. Während die PvdA stark verlor (von 27,3 auf 21,2 %) erzielte die SP einen spektakulären Gewinn (von 6,3 auf 16,6 %). Die PVV von Geert Wilders, der in der vergangenen Kabinettsperiode als Parlamentarier aus der VVD austrat, erreichte aus dem Nichts 5,9 %, und die VVD verlor von 17,9 auf 14,6 %. PvdA und VVD verloren damit an ihre Flankenparteien bzw. auf der linken und der rechten Seite. In geringerem Maße ereilte den CDA das gleiche Schicksal. Er verlor leicht und landete bei 26,6 % (2003: 28,6 %). Die „Flankenpartei“ des CDA, die sozialkonservative *Christen Unie* (CU), verdoppelte ihre Anhängerschaft fast von 2,4 auf 4 %. Die Schlagzeile in *de Volkskrant* lautete am Tag nach den Wahlen: „Wähler sendet eine verwirrende Botschaft.“ Und tatsächlich scheint der niederländische Wähler zwei Aussagen zur gleichen Zeit gemacht zu haben: Man hat die Kabinettspolitik der Mitte-rechts-Koalition abgewählt und einen kleinen Linksruck vollzogen. Auf der anderen Seite hat man den Premierminister Balkenende wiedergewählt, indem man den CDA, trotz des leichten Verlustes, wieder zur größten Partei machte. Das Paradoxe dieses Ergebnisses liegt in dem, was Politikwissenschaftler den Unterschied zwischen *vote seeking* und *office seeking* nennen: eine

kleinere PvdA hat größere Möglichkeiten, mit den Christdemokraten eine Koalitionsregierung zu bilden, als eine PvdA, die die größte Partei ist. Das ist dann auch genau das, was passiert ist: CDA, PvdA und CU bildeten im Februar 2007 ein Koalitionskabinett.

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer, 1956–2006
(Zahl der Mandate, insgesamt 150)

	1956	1959	1963	1967	1971	1972	1977	1981	1982	1986	1989	1994	1998	2002	2003	2006
ARP	15	14	13	15	13	14										
CHU	13	12	13	12	10	7										
KVP	49	49	50	42	35	27										
CDA	(77)	(75)	(76)	(69)	(58)	(48)	49	48	45	54	54	34	29	43	44	41
PvdA	50	48	43	37	39	43	53	44	47	52	49	37	45	23	42	33
SP												2	5	9	9	25
VVD	13	19	16	17	16	22	28	26	36	27	22	31	38	24	28	22
PVV																9
CPN	7	3	4	5	6	7	2	3	3	0						
PSP		2	4	4	2	2	1	3	3	1						
PPR					2	7	3	3	2	2						
EVP									1	0						
GL	(7)	(5)	(8)	(9)	(10)	(16)	(6)	(9)	(9)	(3)	6	5	11	10	8	7
GPV	0	0	1	1	2	2	1	1	1	1	2	2	2			
RPF							0	2	2	1	1	3	3			
CU			(1)	(1)	(2)	(2)	(1)	(3)	(3)	(2)	(3)	(5)	(5)	4	3	6
SGP	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	3	2	2	2
D'66				7	11	6	8	17	6	9	12	24	14	7	6	3
PvdD															0	2
LPF														26	8	0

Eine erste Interpretation des Wahlergebnisses und der Wählerbewegung in den Medien ergibt das folgende Bild:

- Die Wahlen haben gezeigt, dass Reformpolitik nicht belohnt wird: die Koalitionsparteien, die die Reformpolitik Balkenendes unterstützt haben – VVD, CDA und D66 –, verloren erheblich. Der CDA konnte den Verlust zwar in Grenzen halten, sah sich aber um den traditionellen „Premierbonus“ betrogen. „Wer Reformen wagt, verliert“, so lautete die Überschrift im *Spiegel* aufgrund der Analyse niederländischer Wissenschaftler.⁵
- Das Wahlergebnis sei Ausdruck des „Konservatismus“ des Wählers gegenüber dem sozialliberalen Konsens im vergangenen Jahrzehnt. Links-konservative (SP und CU) und rechts-konservative Parteien (PVV, CDA) haben gewonnen, und progressive Parteien haben verloren (D66, GroenLinks, PvdA). Das Ergebnis stehe für Antimodernisierung und Antiglobalisierung. Die SP repräsentiere die soziale Klassenkritik an der

⁵ Vgl. *Der Spiegel* 48 (2006), S. 125.

veränderten globalisierten und liberalisierten Gesellschaft. „Auf der linken Seite gründete die SP ihre Anziehungskraft auf dem Versprechen der Restauration des Sozialstaates der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts“, so der Kommentar des PvdA-Parlamentariers und heutigen Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, Frans Timmermans.⁶ Auf der rechten Seite repräsentiere Wilders die autoritär-islamophobe Kritik an der veränderten Gesellschaft. CDA und CU seien mit ihren Auffassungen mit Blick auf Normen und Werte, Familienpolitik, Antimaterialismus und Konsumerismus sowie konservative Kulturpolitik gemäßigte Varianten dieser Modernisierungskritik.

- Das Ergebnis stehe gleichzeitig für ein Abbröckeln des Zentrums, der politischen Mitte der großen Volksparteien bzw. Regierungsparteien. Es handele sich hier um den weiterwuchernden Populismus, das Erbe der Bewegung Fortuyn des Jahres 2002. Populismus stehe hier für Kritik am Establishment, Kritik an der etablierten Politik sowie Sozialkritik („neoliberaler Ausverkauf der Gesellschaft“) seitens der SP und Widerstand gegen Immigranten und „Islamisierung“ seitens Wilders’ PVV.
- Das Ergebnis deute auch auf eine erneuerte Vorliebe für scharf profilierte politische Positionen⁷ und damit auf eine Vorliebe für die Randbereiche des politischen Spektrums hin (zentrifugale Kräfte). Der Wahlforscher Joop van Holsteyn: „Die PvdA hat aufgrund des relativen Mangels an Klarheit der eigenen inhaltlichen Position die Schlacht mit der SP verloren.“⁸
- Diffuse, ambivalente Führerschaft werde bestraft, scharf profilierte Führerschaft werde belohnt; es habe eine Rückkehr zur Versäulung, zur Ideologie auf Kosten verbindender, hybrider Mittelpositionen stattgefunden.

Im Untenstehenden wird näher auf dieses Bild und die verschiedenen Interpretationen eingegangen. Nach Meinung der Autoren handelt es sich um einen Komplex von Faktoren, der dieses Wahlergebnis bestimmt; daher bedarf es auch einer mehrschichtigen Erklärung. Es geht dabei um ereignisbezogene Aspekte wie die Art der Wahlkampagne und die Rolle der Spitzenkandidaten, um konjunkturelle, wie die Aufstellung der Parteien und die Entwicklung der Wählerstimmung sowie um strukturelle Aspekte, wie soziologische und politische Trends, die sich in den vergangenen Jahren in den Niederlanden – und andernorts – abzeichnen.

⁶ F. TIMMERMANS, *Knokken voor de toekomst. Laat links niet berusten in pessimistisch conservatisme*, in: *Socialisme & Democratie* 12 (2006), S.32 ff.

⁷ Vgl. J. DE RIDDER, *Gesjoemel*, in: *Socialisme & Democratie* 12 (2006), S. 7.

⁸ J. VAN HOLSTEYN, *Hoe intens was de rode stem?*, in: *Socialisme & Democratie*, 12 (2006), S. 18.

Die Kampagne

Der wichtigste Herausforderer von Balkenende und seinem Team schien im Frühjahr 2006 Wouter Bos und die PvdA zu sein. Zwar hatte auch die SP bei den Kommunalwahlen mit der Verdoppelung der Zahl ihrer Sitze (auf gut 330 Gemeinderatssitze) ein gutes Ergebnis erzielt; aber damit rückte die SP nicht in die Nähe der PvdA, die insgesamt fast 2.000 Sitze in den Gemeinderäten erreichte und damit maximal vom Höhepunkt der Anti-Balkenende-Stimmung profitierte. Die PvdA schien – zu Unrecht – davon auszugehen, dass der Sieg ihr durch diese breite Anti-Regierungsstimmung nicht entgehen konnte.

Aber diese Stimmung sollte schneller verschwinden als erwartet. So konnten CDA und VVD auf wundersame Weise den Fall des Kabinetts Balkenende II zu einem frischen Neustart transformieren. Dieses Kabinett, durch den Auszug von D66 zum Rumpfkabinett geschrumpft, segelte nämlich fachmännisch auf den Wellen der zunehmend günstigeren ökonomischen Konjunktur. Der *Prinsjesdag*, die jährliche Verlesung der Regierungspläne für das nächste Jahr durch die Königin, und der letzte Haushalt des VVD-Finanzministers Gerrit Zalm standen ganz im Zeichen des Einlösen des Versprechens, das das Kabinett zuvor gegeben hatte: „Nach dem Sauren kommt das Süße.“ Nach den harten Reformen sollten die Bürger nun von der Belebung der Wirtschaft profitieren. Kosmetische Ausgaben und Investitionen im Bildungs- und Sozialbereich sorgten dafür, dass dieses Kabinett der Opposition gekonnt den Wind aus den Segeln nahm.

Hinzu kam, dass die PvdA durch eigenes Verschulden schon bald ihre Siegeszuversicht verlor. Dabei war ein Vortrag von Wouter Bos vor einem internationalen Publikum von Wirtschaftswissenschaftlern bedeutsam, in dem er einen Reformvorschlag für das *Algemene Ouderdomswet* (AOW) – die staatliche Grundrente für alle Bürger – lancierte, dessen Kern die Verschiebung der Last auf die „reicheren“ Senioren war, die auf diese Weise selbst etwas stärker zu dieser Altersvorsorge beitragen sollten. Dies sei notwendig, so seine These, um die Altersversorgung zukunftssicher und sozial zu halten.⁹ Dieser Vorschlag entwickelte sich durch heftige Kritik vor allem von Seiten des früheren PvdA-Ministers und Kolumnisten Marcel van Dam zur Streitfrage. Seine Kritik legte offen, dass Bos' Überlegung nicht konkret ausgearbeitet und daher außerordentlich angreifbar war. Dies brachte Bos und die PvdA auf ihrem ureigensten Terrain, dem „Sozialen“, in die Defensive. Die Frage entwickelte sich zu einem ungewollten Lackmustrich des Regierungsprogramms und der politischen Führerschaft Wouter Bos'. War dies beabsichtigt? Wie strategisch hatte man über die weitere Modernisierung des Sozialstaates als Wahlkampfthema nachgedacht?

Diese Unklarheit wurde unter anderem durch den Einsatz von Bos und den Seinen in den vergangenen Jahren verursacht. Das Kolorit der PvdA in der Opposition war das einer leidlichen Alternative gewesen: kein frontaler

⁹ W. BOS, *Lessen uit het Noorden*, in: *Socialisme & Democratie* 6 (2006), S. 25–33. Vgl. auch den Kommentar von P. de Beer (*Van bezuinigen naar investeren?*) in der gleichen Heftausgabe von *Socialisme & Democratie*.

Widerstand gegen den Reformkurs der Balkenende-Kabinette, allerdings wohl soziale Kritik („Den Schmerz ehrlicher verteilen“). Dieser soziale Pragmatismus wurde ideologisch mit Bos' Angriff auf das klassische Gleichheitsdenken unterfüttert, der in dem neuen PvdA-Grundsatzprogramm eine gewisse Bestätigung erhielt, später jedoch in seinem Buch *Dit land kan zoveel beter* (*Dieses Land kann es so viel besser*) wieder untergraben zu werden schien, das gerade die Ungleichheit (die drohende Unterklasse) als zentrales Thema in den Mittelpunkt stellte.¹⁰ Auf ähnliche Weise verflüchtigte sich das, worum es bei den Wahlen genau ging. Der Fokus war nicht scharf gestellt. Das Wahlprogramm, das ganz ohne die Beteiligung der Fraktion der Zweiten Kammer geschrieben wurde, war unter dem Strich eine verpasste Chance für eine deutlichere Profilierung.

Die Koalitionsfrage blieb während des langen Wahlkampfes eine der Quellen für Unglaubwürdigkeit und Ambivalenz. Womit konnte der Wähler rechnen? Wouter Bos hatte in einem frühen Stadium den Anspruch auf die Kandidatur als Premier erhoben. Aber es blieb die nagende Unsicherheit, welche Koalition er wohl führen werde. Mit dem Rennen um den Premiersposten schien er sich für eine klare Alternative zu den Balkenende-Kabinetten zu entscheiden, aber er legte sich nicht fest. Bos hatte eindeutig nichts für eine Kooperation der Linken übrig. Die PvdA wurde in dieser Hinsicht in Verlegenheit gebracht durch die nicht ganz unopportunistischen Avancen von SP und GroenLinks.

Dort, wo Bos der Kristallisationspunkt der Unzufriedenheit mit dem einschneidenden Reformkurs der Balkenende-Kabinette gewesen war, entstand nun das Bild – genährt durch heftige Angriffe des CDA-Fraktionsführers Maxime Verhagen („Bos nimmt den Alten mit seiner Alterssteuer ihre kleine Rente weg“) –, dass Bos noch weiterreichendere Reformen wolle als die Balkenende-Kabinette. Hier drängt sich übrigens eine Parallele zu Angela Merkels CDU am Vorabend der Bundestagswahlen des Jahres 2005 auf, als sie Kanzler Schröder durch weitreichende Reformvorschläge die Möglichkeit bot, Abstand von seiner eigenen Reformpolitik der vergangenen Regierungsperiode zu nehmen. Auch hier lag ein surrealistischer Rollentausch von „opponierender Regierung“ und „zu früh regierender Opposition“ vor.

Die Trends begannen sich massiv zu verschieben. In den Umfragen nahm der anfänglich große Unterschied zwischen PvdA und CDA sowie zwischen Bos und Balkenende allmählich immer weiter ab. Darüber hinaus kehrte – kaum bemerkt und kommentiert – der populäre Politiker Jan Marijnissen von der SP nach einer langen gesundheitsbedingten Abwesenheit wieder in die politische Arena zurück. Die SP, ursprünglich eine maoistische Partei, konnte sich zunächst in der lokalen Verwaltung eine starke Position erwerben, indem sie auf aktivistische und unmittelbare Art und Weise für die Interessen von Bürgern in Bedrängnis eintrat. Im vergangenen Jahrzehnt hat die SP ihr Programm jedoch in einer eher gemäßigten Richtung angepasst:

¹⁰ W. BOS, *Dit land kan zoveel beter*, Amsterdam 2006. Kritik an Bos' Meinung zum Thema Gleichheit findet sich in: P. KALMA, *Wat de PvdA te doen staat: Over gelijkheid*, in: *Socialisme & Democratie* 7/8 (2003), S. 22–34. Vgl. auch P. KALMA, *Links, rechts en de vooruitgang*, Amsterdam 2004, hier besonders Kapitel 3.

Man hat eine Reihe von Anti-Standpunkten aufgegeben, wie die Haltung gegen die NATO und die gegen die Monarchie. Es wurde nicht länger eine radikal-sozialistische Alternative gepredigt. Die SP sozialdemokratisierte sich.¹¹ Damit wurde sie für progressive Wähler zu einer immer attraktiveren Alternative. Im Laufe des Wahlkampfes zeigte sich, dass die SP für enttäuschte PvdA-Wähler und viele andere eine reale Alternative geworden war. Parteiführer Marijnissen, in seiner Partei unangefochten an der Macht, führte nicht wie früher in erster Linie eine Gegenkampagne, sondern präsentierte sich als eine soziale und vernünftige Alternative zu Balkenende.

Die VVD wurde in der Zwischenzeit tief durch den Streit zwischen Rutte und Verdonk gespalten. Die Liberalen hatten bei den Kommunalwahlen bereits mittels des harten Fernsehwerbespots über ein Röschen, das nicht genau wusste, was es wollte, die Offensive gegen die PvdA gewählt, und schienen damit schon den Tonfall für den landesweiten Wahlkampf festgelegt zu haben. Im überregionalen Wahlkampf hatte die VVD jedoch – zur Frustration des Spitzenkandidaten Rutte – große Schwierigkeiten, in den Titanenkampf zwischen Bos und Balkenende einzubrechen. Rutte wurde darüber hinaus stark von Verdonk konterkariert, die mit einem eigenen, aggressiv auftretenden Wahlkampfteam arbeitete. Während sich Ruttes Botschaft auf eine Amerikanisierung der niederländischen Wirtschaft richtete, spielte Verdonk sich vor allem als harte Integrationspolitikerin auf.

Die Spitzenkandidaten und die Bildformung

Authentizität – darum wird sich in der kommenden Zeit alles drehen. So sagten es uns der Wahlkampf-Guru Philip Gould und das rasant aufsteigende Labour-Spitzentalent David Miliband auf der großen Frühjahrskonferenz unserer britischen Kollegen vom Policy Network im Jahr 2006 voraus.¹² Und tatsächlich schien sich alles um Authentizität zu drehen, ob in den ernsthaften Debatten oder in den Unterhaltungssendungen. Liesbet van Zoonen analysierte für den Band *Vier jaar Balkenende (Vier Jahre Balkenende)* die Hintergründe für das erstaunliche Comeback Balkenendes.¹³ Die Unbeholfenheit, das Normale, die unerschütterliche Haltung: Sie trugen in den Augen dessen, was der Einfachheit halber als Provinz bezeichnet worden ist, aber möglicherweise über die Grenzen der Provinz hinausreicht, zu seiner Authentizität bei. Letztlich haben diese Eigenschaften sich zu seinem Vorteil ausgewirkt, und er konnte in der öffentlichen Meinung stark wiederauftrumpfen. Für Gewinner wie Jan Marijnissen, Geert Wilders und André Rouvoet (CU) gilt gleichfalls, dass sie das Image von Authentizität erlangt haben. Bei Marijnissen beruht dies nicht nur auf seiner geläuterten politischen Existenz, sondern

¹¹ Vgl. G. VOERMAN/P. LUCARDIE, *De „sociaal-democratisering“ van de SP*, in: F. BECKER/R. CUPERUS (Hrsg.), *22 november. Een analyse van een verkiezingsuitslag*, Amsterdam 2007.

¹² R. CUPERUS, *De linkse agenda op orde?*, in: *Socialisme & Democratie* 7/8 (2006), S. 5–7.

¹³ L. VAN ZOONEN, *Ster zonder stralen: Jan Peter Balkenende, minister-president*, in: BECKER (wie Anm. 2), S. 101–112.

auch auf der Eindeutigkeit der politischen Botschaft und der klaren Entscheidung für einen Widersacher.

Für Rutte und Bos hat sich die Bildformung nicht zum Vorteil ausgewirkt. Rutte konnte sich nicht von seiner Mutter, seiner nicht vorhandenen Freundin und der übermächtig präsenten Kollegin Verdonk lösen. Es blieb das Bild im Gedächtnis haften, dass seine Mutter ihm noch immer die Wäsche wusch, dass er Single war und dass seine Spitzenposition ständig durch die Aktionen Rita Verdonks unterminiert wurde. Bos konnte sich nicht von dem vermeintlichen Image der Winkelzüge und Unklarheit lösen. An ihm blieb das Bild eines sozialliberalen, „violetten“ Reformpolitikers hängen, dem es 2003 während des Wahlkampfes erfolgreich gelungen war, den Weg zu seiner Anhängerschaft im Kaffeehaus zu finden. Damit hatte er es geschickt geschafft, den Fortuyn-Aufstand zu parieren: Er hatte die PvdA von dem Haager Verwaltungs-Image befreit, und es war ihm außerdem geglückt, die PvdA-Haltung hinsichtlich der Themen Immigration und Integration stärker in Übereinstimmung mit einem wichtigen Teil der PvdA-Anhängerschaft zu bringen. Aber eben dieser Bos schien nun, in dem neuen Kontext eines polarisierenden und ideologisierenden Wahlkampfes, im falschen Stück gelandet zu sein. Er hatte sich immer für eine „bindende Führungsrolle“ ausgesprochen, aber diese stieß auf neue, polarisierte Verhältnisse. In der ersten direkten Konfrontation mit Balkenende in einer Radiodebatte bezichtigte der Premier den Oppositionsführer Bos rundheraus der Lüge und der Heuchelei. Der Wahlkampf des CDA war stark auf die Förderung dieses Bildes ausgerichtet, wobei der Fraktionsvorsitzende Maxime Verhagen gleichzeitig die Rolle des Kampfhundes und die des *bad cop* spielte.

Der Wahlforscher van Holsteyn und andere haben immer die einseitige Betonung der Bedeutung des Spitzenkandidaten für das Stimmverhalten des einzelnen Wählers relativiert. Sie argumentieren, dass eine Stimme für Bos in den meisten Fällen nicht eine Stimme für Bos, sondern eine für die PvdA sei – und damit natürlich auch wieder für Bos. Dennoch gab es zu denken, dass Bos bei den Wählern als neuer Ministerpräsident schließlich wenig Vertrauen genoss. Für Wähler, die auch eine Präferenz für eine andere Partei, wie den CDA oder die SP, hatten, konnte daher die Sympathie für Balkenende oder Marijnissen eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Reformmüdigkeit

Der Wahlkampf und das Auftreten der Spitzenkandidaten haben selbstverständlich großen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt. Um aber verstehen zu können, was geschehen ist, muss man auch langfristige Trends in Politik und Gesellschaft betrachten. Es verläuft eine direkte Linie von den Wahlergebnissen der frühen 90er Jahre zu denen vom November 2006. In diesem Zeitraum ist es zu einem Vertrauensverlust zwischen großen Teilen der Wählerschaft und den großen Parteien gekommen, die die politische Verantwortung trugen. Die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen haben die Chancen der Bürger auf einen gesellschaftlichen Erfolg erneut gespalten; die Reformpolitik der vergangenen 25 Jahre hat zu einer Veränderungsmüdigkeit

geführt; politische Parteien sind mit diesen Entwicklungen sehr unterschiedlich umgegangen. Zwar stellen die Präferenzen der Wähler eine Reaktion auf diese Trends dar, aber sie reflektieren diese nur indirekt.

Richten wir zunächst den Blick auf die Reformpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Wie unterscheidet sich der Kurs der politischen Parteien von den Diskursen in den wichtigsten Beratungsorganen des Staates, wie dem *Sociaal Economische Raad* (SER), dem *Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid* (WRR), dem *Sociaal en Cultureel Planbureau* (SCP) und dem *Centraal Plan Bureau* (CPB)? Die großen Parteien sind alle Teil des die Niederlande betreffenden Anpassungsdiskurses, sie erzählen nur in beschränktem Maße eine eigene, abweichende Geschichte. Der CDA versteht es, der Sache mit einem rhetorischen Programm aus Normen und Werten eine eigene Prägung zu verleihen, die VVD wartet mit dem Rechtspopulismus von Verdonk auf, die PvdA macht alles auf etwas sozialere Weise. Aber sowohl PvdA als auch CDA haben sich bereits regierend de facto in den Modernisierungskonsens mit Blick auf Wirtschaftspolitik, Reform des Sozialstaates und Anpassungen im öffentlichen Dienst gefügt, so wie er in der außerparlamentarischen Arena der politikberatenden Institutionen wie SER und CPB formuliert wird.

Um ein zutreffendes Bild der Reformpolitik der Niederlande zu erhalten, muss man sich vergegenwärtigen, dass dieser Reformprozess ab der Mitte der siebziger Jahre eingesetzt und sich Anfang der achtziger Jahre und in den neunziger Jahren erheblich beschleunigt hat.¹⁴ Trotz der Regierungswechsel hat sich die Richtung der Reformen nicht wesentlich verändert. Die Sozialdemokraten nahmen in den Niederlanden ab 1975 zögernd eine Politik der kollektiven Kostenkontrolle in Angriff. In den achtziger Jahren kam es unter Mitte-Rechts-Regierungen zu einem Durchbruch in der Reformpolitik. Kern der gemäßigten Thatcher-Variante war in den Niederlanden zum einen das Abkommen von Wassenaar (1982), bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Vereinbarung im Hinblick auf Lohnmäßigung und Arbeitsplatzpolitik schlossen, zum anderen eine den öffentlichen Sektor betreffende Sparpolitik. Es wurde bei den öffentlichen Dienstleistungen (Bildung!) gekürzt, und der Zugang zu Sozialleistungen und deren Höhe wurden eingeschränkt.

Nach den Finanzreformen der achtziger Jahre folgten in den neunziger Jahren die institutionellen Reformen, und es wurde in den Niederlanden eine Wende zu einer anderen Sozialstaatsordnung vollzogen. Hieran waren sowohl Christdemokraten und Liberale, als auch Sozialdemokraten beteiligt. Es fand eine institutionelle Reform des Sozialwesens statt, bei der der Schwerpunkt vom Auffangen und der Sicherheit auf eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik verschoben wurde. Von einem Sozialstaat, in dem die Gewährung von finanziellen Zuwendungen im Mittelpunkt stand, schlugen die Niederlande den Weg in Richtung auf einen aktivierenden Sozialstaat ein, in dem die Teilnahme am Arbeitsprozess zu einem Kernziel geworden ist. Ein stärker verpflichtender Ansatz bei der sozialen Sicherheit, Fortbildung sowie Begleitung zur Arbeit, Lohnkostensubventionen und eine stimulierende Wirtschaftspoli-

¹⁴ Zum folgenden vgl. F. BECKER/R. CUPERUS, *Welfare state blues – Thirty years of reform policy in the Netherlands*, in: V.A. SCHMIDT, *Public Discourse and Welfare State Reform. The Social Democratic Experience*, Amsterdam 2005, S. 133–157.

tik bildeten den erfolgreichen Hintergrund der Arbeitsplatzpolitik der neunziger Jahre, auch wenn hier noch kritische Fragezeichen bei der Umsetzung in die Praxis gesetzt werden können.

Aber beim Übergang zu einem aktivierenden Sozialstaat blieb es nicht. Die Niederlande sind in den vergangenen Jahrzehnten Zeuge und Gegenstand einer endlosen Reihe von Reformen gewesen. Diese betrafen nicht nur die soziale Sicherheit, sondern auch den öffentlichen Sektor im weiteren Sinne. Immerfort wurde daran herumgebastelt, abgebaut, umgebaut und renoviert. Das Ergebnis dieser Reformpolitik ist eine „Verlotterung“ des öffentlichen Sektors. Man geht mit den Institutionen unachtsam um. Dies fördert das Vertrauen zu den öffentlichen und politischen Einrichtungen nicht. Das missfällt denjenigen, die es beruflich betrifft, und auch bei einer breiten Öffentlichkeit kann man von Veränderungsmüdigkeit sprechen. Die Kluft zwischen der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Abneigung gegenüber der Politik ist ausgeprägt. Der privaten Zufriedenheit stehen nun öffentliches Misstrauen und Unbehagen gegenüber. Veränderung, Reform und Anpassung sind in der Politik zu zentralen Begriffen geworden. Der Staat und die politischen Parteien der Mitte haben unter dem Strich zu viel Vertrauen auf in die Bereitschaft zur Veränderung gesetzt und vom Bürger einen zu hohen Preis gefordert. Untersuchungen der Trends in der öffentlichen Meinung haben gezeigt, dass eine beachtliche Mehrheit der Bevölkerung sich für Stabilität und Kontinuität der sozialen Sicherheit entscheidet und eine Fortsetzung der Veränderungen und Anpassungen seitens der Regierung befürchtet. Es ergibt sich also ein heikler Gegensatz zwischen Bürgern und einem Großteil der politischen Elite: Der Bürger will, wie Paul Schnabel, Direktor des SCP, es treffend formuliert hat, in die Richtung von Skandinavien, während der Staat Kurs in Richtung auf die Vereinigten Staaten aufgenommen hat.

Außerdem werden der Verwaltung und den Ausführungsorganen die modischen Maßstäbe der modernen Managementauffassungen aufgedrängt. Es ist zwischen den politisch Verantwortlichen und den Ausführenden eine undurchdringliche Schicht aus Beratern, Kontrolleuren, politischen Beamten und Managern entstanden. Über alles muss detailliert Rechenschaft abgelegt werden, so dass so mancher Ausführende inzwischen mehr Zeit durch das Ausfüllen von Formularen verliert, als mit dem Ausführen seiner öffentlichen Aufgaben. Dadurch haben sich die Verwaltungen und Ausführungsorgane auf der einen und die Politiker auf der anderen Seite voneinander entfremdet.

Die soziologische Dimension: Unruhe in der Wählerschaft

Der Modernisierungskurs der verschiedenen Regierungen hat – und das gilt nicht nur für die Niederlande – das Vertrauensverhältnis zu verschiedenen Wählergruppen belastet. Dieses Vertrauen wird durch unterschwellige Strömungen, die bereits seit längerem in der Wählerschaft vorherrschen, noch weiter untergraben. Dabei handelt es sich nicht so sehr um eine große Verschiebung von links nach rechts, vielmehr werden neue Themen und Trennlinien in Stimmverhalten umgesetzt: Die Suche nach Sicherheit; das Bedürfnis

nach lokaler Identität; die Unsicherheit hinsichtlich der (sozioökonomischen) Zukunft; das sinkende Vertrauen zu Politik und politischen Parteien. Die großen wirtschaftlichen Veränderungen (Globalisierung, neue Technologien) haben nicht auf jeden die gleiche Wirkung, führen aber zu einer Neuverteilung der Chancen auf gesellschaftliche Entfaltung und Erfolg. Besonders das Bildungsniveau ordnet die Menschen ein im Kampf um die Existenz, in ihrem Vertrauen zur Politik und zu öffentlichen Institutionen sowie in ihren Zukunftserwartungen. Diese Trends werden nicht immer direkt und unmittelbar in Stimmverhalten umgesetzt, aber sie bilden doch den Kontext, in dem alle politischen Parteien operieren müssen.

Der wirtschaftliche und kulturelle Modernisierungsprozess führt, nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in anderen europäischen Ländern, zu einer neuen gesellschaftlichen Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern und liefert damit eine Basis für die jüngste populistische Revolte beziehungsweise den Aufstand der Bürger. Ein Forscherteam der Universitäten Zürich und München berichtete unter der Leitung von Hanspeter Kriesi in einer vergleichenden Analyse sechs europäischer Länder, dass der heutige Prozess der Globalisierung oder Denationalisierung in westeuropäischen Ländern zur Entstehung eines neuen strukturellen Konflikts führe, wobei diejenigen, die von diesem Prozess profitieren, denen gegenüberstünden, die im Laufe der Zeit den Kürzeren zögen. Dieser strukturelle Gegensatz zwischen Gewinnern und Verlierern führe zu einer neuen Trennlinie in der Politik und verändere damit das nationale politische Spielfeld. Die Forscher betrachten die Parteien, die es am erfolgreichsten verstehen, die Interessen und Ängste der Verlierer anzusprechen, als den wichtigsten Motor für die heutige Transformation des westeuropäischen Parteiensystems.¹⁵

„Der Prozess der wachsenden wirtschaftlichen (sektoralen und internationalen) Konkurrenz, der wachsenden kulturellen Konkurrenz (die unter anderem an die massive Immigration von Gruppen gekoppelt ist, die von der europäischen Bevölkerung recht weit entfernt sind) sowie der wachsenden politischen Konkurrenz (zwischen Nationalstaaten und supra- oder internationalen politischen Akteuren) schafft neue Gruppen von Gewinnern und Verlierern. Die wahrscheinlichsten Gewinner sind unter anderem Unternehmer und gut ausgebildete Arbeitnehmer in Sektoren, die offen sind für internationale Konkurrenz und kosmopolitische Bürger. Die wahrscheinlichsten Verlierer sind unter anderem Unternehmer und gut ausgebildete Arbeitnehmer in den traditionell beschützten Sektoren sowie schlecht ausgebildete Arbeitnehmer und Bürger, die sich stark mit ihrer nationalen Gemeinschaft identifizieren.“ Die Verlierer werden, so die Erwartung von Kriesi und seinem Forscherteam, protektionistische Maßnahmen unterstützen und die Bedeutung nationaler Grenzen sowie die Wichtigkeit von Unabhängigkeit betonen. Die Gewinner werden gerade für die Öffnung der Nationalgrenzen sein und den Prozess der internationalen Integration unterstützen. Den neuen Gegensatz zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisie-

¹⁵ H. KRIESI u.a., *Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared*, in: *European Journal of Political Research* 45 (2006), S. 921–956.

nung nennen sie daher den Konflikt zwischen „Integration“ und „Demarkation“, Inklusion versus Abgrenzung.

Kriesi und seine Forscherkollegen glauben, dass in Ländern, in denen die großen Parteien einen gemäßigten Kurs zugunsten der Gewinner fahren, wahrscheinlich die politische Fragmentierung zunehmen wird, wobei sich an der Peripherie Parteien befinden werden, die sich auf die Verlierer konzentrieren, das heißt, auf der rechten Seite mit einem kulturell-konservativen Programm und auf der linken Seite mit einem ökonomisch-protektionistischen Programm auftreten. Die Konvergenz der großen Parteien geht also mit dem Aufkommen neuer Parteibildungen einher. Angesichts der Heterogenität der wirtschaftlichen Interessen der Verlierer liegt es auf der Hand, dass die Wahrung ihrer nationalen Identität und Gemeinschaft als gemeinsamer Nenner für ihre politische Mobilisation benutzt werden wird.

Diese Analyse von Kriesi und seinem Forscherteam deckt sich mit früheren Beobachtungen von Cuperus hinsichtlich der Hintergründe des paneuropäischen populistischen Aufstandes¹⁶ sowie mit der Charakterisierung, die van Kersbergen und Krouwel mit Blick auf die niederländische Situation vorgenommen haben: „Auf der einen Seite gibt es die Menschen, die ein vernünftiges Maß an Schutz genießen und nicht unsicher oder ängstlich sind. Sie sehen den Markt als Möglichkeit, Fortschritte zu machen, erleben die Vereinigung Europas als Erfolg, leben nicht in einer multikulturellen Gesellschaft, sondern neben ihr, haben einen stark individualisierten Lebensstil und interessieren sich nicht für die eigene Umgebung als Zentrum für Solidarität und soziale Kontrolle, fühlen sich nicht unsicher und können durch ihren individuellen Wohlstand leicht dem verkommenen öffentlichen Raum und der öffentlichen Dienstleistung entkommen. Sie finden sich in der Regel auch gut in der Bürokratie zurecht und fühlen sich kompetent in ihrem Kontakt mit Behörden. Die etablierten politischen Parteien sind in ihren Augen die legitimen Organisationen, über die der demokratische Prozess Gestalt annimmt, für ihr persönliches Leben sind sie aber in erster Linie irrelevant. (...)“

Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die Angst vor der Zukunft haben und sich vom Markt bedroht fühlen, von der europäischen Erweiterung, der zunehmenden Immigration und der multikulturellen Gesellschaft, dem Zusammenbruch der sozialen Infrastruktur, dem Verlust der selbstverständlichen Nachbarschaftshilfe und der Solidarität in Arbeitervierteln, der Internationalisierung der Wirtschaft, der Unsicherheit des öffentlichen Raumes und der Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen. Sie leben *in* der multikulturellen Gesellschaft und haben miterlebt, wie sich die sozialen Beziehungen um sie herum drastisch verändert haben. Die Monokultur der Arbeiterviertel mit ihrem hohen Maß an sozialer Kontrolle ist dem multikulturellen

¹⁶ Zu den Ursachen und Hintergründen des europäischen populistischen Aufstandes siehe: R. CUPERUS, *Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolution in den Niederlanden*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 14 (2003), Münster 2004; R. CUPERUS, *Roots of European Populism: The Case of Pim Fortuyn's Populist Revolt in the Netherlands*, in: X. CASALS (Hrsg.), *Political Survival on the Extreme Right. European Movements between the inherited past and the need to adapt to the future*, Barcelona 2005, S. 147–168.

‚Rückstandsviertel‘ gewichen. Diese Gruppe von Menschen hat das Vertrauen in die traditionellen politischen Parteien verloren, weil sie diese nicht als Organisationen betrachten, die ihre Interessen verteidigen, sondern als Bestandteil des versagenden Staatsapparates. Der Staat wird als Gegner oder Feind erlebt. In den Augen des ängstlichen, unsicheren Teils der Wählerschaft scheinen alle ihre Probleme unmittelbar mit dem Kommen der Ausländer verbunden zu sein. Mit der Anwesenheit von Ausländern hat die Globalisierung ein konkretes Gesicht erhalten, und ihre Bedrohungen (das Verschwinden gering bezahlter Arbeit; die Unterminierung der nationalen Identität) können personifiziert werden.“¹⁷

Der belgische Soziologe Mark Elchardus führte in Flandern ähnliche Forschungen zu derartigen Bruchlinien durch. Er spricht von einer unterschwelligen Vertrauenskrise in der Demokratie, die aus unverarbeiteten gesellschaftlichen Veränderungen entstanden ist.¹⁸ Die Friedrich-Ebert-Stiftung ließ kürzlich neue soziologische Grenzlinien in Deutschland erforschen. Diese inzwischen Aufsehen erregende Untersuchung der *Reformbereitschaft der Deutschen* zeigt empirisch, welche Zentrifugalkräfte auf die heutige Gesellschaft im Reformprozess einwirken: „Alles in allem zeigt sich das Bild einer Drei-Drittel-Gesellschaft. Die Menschen im ‚oberen‘ Drittel haben recht sichere Chancen und Lebensperspektiven. Allerdings ist dieses Drittel politisch gespalten zwischen eher linksliberalen (kritische Bildungseliten, engagiertes Bürgertum) und liberalkonservativen (Leistungsindividualisten, etablierte Leistungsträger) Gruppen. In der ‚Mitte‘ der Gesellschaft ist die Verunsicherung längst angekommen. Je nachdem, wie die eigenen Chancen aussehen und die politischen Orientierungen sind, stehen die Gruppen dem Wandel aufgeschlossen (zufriedene Aufsteiger) oder skeptischer (bedrohte Arbeitnehmermitte) gegenüber. Im ‚unteren‘ Bereich (selbstgenügsame Traditionalisten, autoritätsorientierte gering Qualifizierte) wächst die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Realitäten und der Politik sowie das Risiko der sozialen und politischen Abkopplung (Abgehängtes Prekariat). In allen drei Dritteln gilt jedoch, dass bestimmte Grundwerte, wie ‚soziale Gerechtigkeit‘, besonders wichtig sind. Die (nicht einfache) strategische Herausforderung liegt darin, die solidarischen Gruppen im oberen Teil der Gesellschaft, die verunsicherte Arbeitnehmermitte und die erreichbaren Gruppen im unteren Bereich politisch zu integrieren.“ Der Begriff „Prekariat“ hat inzwischen seinen Weg in die öffentliche Debatte gefunden.¹⁹

¹⁷ K. VAN KERSBERGEN /A. KROUWEL, *De buitenlanderskwestie in de politiek in Europa*, in: H. PELLIKAAN/M. TRAPPENBURG (Hrsg.), *Politiek in de multiculturele samenleving*, Mepel/Amsterdam 2003, S. 195 f.

¹⁸ M. ELCHARDUS, *De dramademocratie*, Tiel 2002.

¹⁹ *Gesellschaft im Reformprozess* heißt eine Erhebung der TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Februar/März 2006 rund 3.000 wahlberechtigte Deutsche über 18 Jahre zu den gesellschaftlichen Reformen in Deutschland befragte. Aus dieser Erhebung wurde eine Studie erarbeitet, die 2007 unter dem Titel *Politische Milieus in Deutschland* veröffentlicht wurde. G. NEUGEBAUER, *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2007.

Abschließend ist festzustellen, dass die heutigen ökonomischen und kulturellen Veränderungen die Bürger der westeuropäischen Länder sehr unterschiedlich treffen. Es entsteht eine neue Trennlinie zwischen zwei Gruppen: Diejenigen, die die Zukunft „umarmen“, stehen denen gegenüber, die die Zukunft fürchten, Menschen, die glauben, dass die neue Welt für sie nichts Gutes in petto hat und die sich durch „die politische Elite“ verraten fühlen. Es geht dabei – das sei nochmals betont – nicht nur um eine sozioökonomische Trennlinie zwischen Klassen, sondern auch um eine kulturpolitische Trennlinie. Auf der rechten Seite führt diese neue Trennlinie zu einem Nährboden für rechtspopulistische Parteien; auf der linken Seite zu mehr traditionellen oder linkspopulistischen Parteien. Für die Parteien der Mitte geht es hier um ein existenzielles Problem, weil die Trennlinie zwischen diesen Gruppen quer durch ihre Wählerschaft verläuft.²⁰ Für die traditionellen Sozialdemokraten entsteht hier ebenfalls ein existenzielles Problem: Sie geraten in einen Spagat zwischen der politischen Mitte und ihrer eher traditionellen Arbeiteranhängerschaft.

Die politische Elite – Politiker, Beamte, Berater und Experten – hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark auf Reformen und Anpassungen an neue wirtschaftliche, soziale und kulturelle Realitäten durch die Reorganisation großer (semi)öffentlicher Systeme ausgerichtet: soziale Sicherheit, Bildungswesen, Pflegesektor. Sie hat ihren Blick in viel geringerem Maße auf die praktischen Probleme gerichtet, die sich im täglichen Leben und am Arbeitsplatz ergaben. Die Politik hat sich zur politischen Entscheidung verengt und die Rekrutierung von Politikern hat sich immer mehr auf gut Ausgebildete mit geringer gesellschaftlicher Verwurzelung beschränkt. Dadurch ist ein Kurzschluss zwischen wichtigen Teilen der Wählerschaft und der politischen Elite entstanden. Politischen Parteien der Mitte ist es bislang nur in unzureichendem Maße gelungen, die Verbindung zu ihrer Wählerschaft wieder herzustellen.

Die „verwirrende Botschaft des Wählers“ (*Volkscrant*) vom November 2006 führte im Februar 2007 zum Kabinett Balkenende IV, das sich auf die parlamentarischen Fraktionen von CDA, PvdA und CU stützt. Die große Frage lautet, ob mit dieser neuen Koalition das gestörte Gleichgewicht in der niederländischen Politik wieder hergestellt werden wird. Wird es diesem neuen Kabinett gelingen, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu normalisieren und die Zeitbombe des Populismus zu entschärfen? Gelingt es ihm, das Vertrauen der Wählerschaft zu Politik und politischen Institutionen wieder herzustellen? Kann es die zentripetalen Kräfte mobilisieren und den Weg zurück zur Stabilität finden? In vier Jahren wissen wir mehr.

²⁰ Diese Trennlinie verläuft inzwischen quer durch die breite Mittelschicht. Vgl. A. VAN DER ZWAN, *De uitdaging van het populisme. Essays*, Amsterdam 2003.